



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 07. Juli 2015
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Michaela Apel (SPD)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:15 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 22/15, 25/15, 27/15

(Drucksachenband 120)

Drucksachenlisten DL Nrn. 30/15, 31/15

(Drucksachenband 121)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0041 Tagesordnung

1. Punkt 15 der Tagesordnung (15-V-33-0006 - Integrationskonzept 2015 - 2019) wird wegen Nichtbefassung im Magistrat von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.
2. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0042 15-V-33-0006

Integrationskonzept 2015 - 2019

abgesetzt

0043 Genehmigung der Niederschrift vom 05.05.2015

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 05.05.2015 wird genehmigt.

Einstimmig

0044 Stadtplan für Flüchtlinge - Vorstellung des Projekts -

Der Vortrag von Frau Kleinehanding zum Stadtplan für Flüchtlinge, der in Mainz aufgelegt ist und für Wiesbaden vorbereitet wird, wird zur Kenntnis genommen.

0045 15-F-03-0082

Bürgerinformation Flüchtlinge
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 01.07.2015 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Stv. Dumont du Voitel weist auf den Runden Tisch zu diesem Thema hin, wo man nach dem Stand der Dinge fragen könnte.

Auf Nachfrage von Stv. Zerbe berichtet Stv. Kisseler, dass bei dem Runden Tisch sowohl Parteien, als auch Kirchen, Initiativen als auch Wohlfahrtsverbände vertreten seien.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stv. Dr. Wittkowski stellt sich eine städt. „Betreuung“ kompliziert und mit hohem Verwaltungsaufwand verbunden vor.

Vors. Apel weist darauf hin, dass es sicher nicht ganz aktuell wird, wenn die Stadt die Informationen einpflegt, da sie ja erst einmal informiert werden muss. Der Runde Tisch könnte das selber machen. Eine Plattform auf der städt. Homepage könnte zum Austausch anregen.

Stv. Kisseler könnte sich die Wiesbaden-Seite als erste Anlaufstelle vorstellen. Die praktische Arbeit sollte der Runde Tisch leisten.

Der Ausschuss fasst folgenden, auf Anregung von Vors. Apel geänderten Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten,

einen Zugang zum Netzwerk/der Austauschplattform des Runden Tisches über die wiesbaden.de-Seite zu schaffen, auf der der Runde Tisch für Flüchtlinge Informationen zu den vorgenannten Themen einpflegen kann und dabei möglichst als Suchbegriff „Flüchtlinge“ festzulegen.

Einstimmig

0046 15-F-44-0002

Unterstützung Freifunk Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Linke&Piraten und FDP vom
07.07.2015 -

Stv. Zerbe begründet den ursprünglichen Antrag von Linke&Piraten.

Mehrere Vertreter von Freifunk sind während der Sitzung anwesend und erhalten als sachkundige Bürger das Rederecht.

Sie stellen Freifunk dar und berichten, dass ein stadtweites Netzwerk aufgebaut werden soll, das allen Bürger/innen kostenlosen Zugang zu WLAN ermöglicht und nicht kommerziell ausgerichtet ist. Alle interessierten Bürger/innen können sich dieser Bürgerinitiative anschließen. Es handelt sich nicht um einen Verein. Man benötigt kein großes technisches Verständnis, sondern muss zu Hause lediglich einen Router, der mit einer speziellen Software bespielt wird, aufstellen. Die Mitglieder der Freifunkgemeinde bieten dazu ihre Hilfe an. Es gibt keinen Provider und auch keine Kontrolle.

Ziel des Antrages ist es, geeignete Gebäude zu finden, auf denen Richtfunkantennen aufgestellt werden können, da diese die Voraussetzung für den Aufbau des Freifunk-Netzes sind.

Es werden Fragen zur Haftung, zur Pflege der Antennen, zu Kosten, Ansprechpartnern usw. diskutiert.

Stv. Kisseler bringt den finanziellen Aspekt ein und fragt nach, ob es nicht ein Anreiz sein kann, wenn man auf die für die Stadt kostenlose Variante durch Freifunk zurückgreifen kann. Kosten entstehen lediglich dem einzelnen Nutzer, der einen Router anschaffen muss.

Dieser Punkt wird von Stv. Kisseler nicht zum Antrag erhoben.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Nach eingehender Diskussion, welcher Antrag in welcher Form gestellt werden soll, ob es zwei gleichlautende Anträge durch die Übernahme der Änderungsanträge durch die Antrag stellende Fraktion gibt, welcher Antrag weitergehend ist, ob beide Anträge abgestimmt werden usw. wird abschließend wird der Antrag in der Formulierung angepasst und als gemeinsamer Antrag von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Linke&Piraten und FDP wie folgt zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

1. Der Magistrat möge ermitteln und berichten, ob
 - a. Dachflächen, die in der nachgereichten Liste aufgeführten stadteigener Gebäude der Wiesbadener Freifunk-Initiative für die Aufstellung von Richtfunkantennen zur Verfügung gestellt werden können,
 - b. technische und personelle Unterstützung bei der Montage der Richtfunkantennen bereitgestellt werden kann,
 - c. Möglichkeiten bestehen, in städtischen Einrichtungen mit Publikumsverkehr bzw. an belebten Plätzen öffentliche Freifunk-Router aufzustellen,
 - d. eine Möglichkeiten gesehen wird, um das Freifunk-Netz in der Stadt bekannter zu machen und um Bürger dazu zu bewegen, eigene Freifunk-Router aufzustellen.

Einstimmig

0066 15-F-08-0038

Unterstützung Freifunk Wiesbaden
- Antrag von Linke&Piraten vom 01.07.2015 -

Dieser Antrag ist in geänderter Form in einen gemeinsamen Antrag von CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen, Linke&Piraten und FDP eingeflossen.

0047 15-V-01-0007

WLAN für Bürgerinnen und Bürger

Der schriftliche Bericht von Dezernat I wird zur wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

0048 13-F-33-0063

Freies WLAN in Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.06.2013
-

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der gem. Antrag von CDU und SPD hat sich durch den unter dem vorgenannten Punkt behandelten Bericht erledigt.

Einstimmig

0049 11-F-33-0012

Namen von öffentlichen Einrichtungen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 15.06.2011
-

Unter diesem Punkt wird über die Beratung im Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“, der vor der regulären Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration getagt hat, berichtet.

Stv. Seipel-Rotter legt Wert darauf, dass der seinerzeit im Sonderausschuss erarbeitete Kriterienkatalog auch für die Zukunft gilt und als Handreichung angesehen wird.

Stv. Zerbe weist auf mögliche zeitliche Verzögerungen der geplanten Schulneubauten durch die jetzige Haushaltsslage hin.

Stv. Weck stellt klar, dass der Sonderausschuss beschlossen hat, der Stadtverordnetenversammlung keine Namen von umzubenennenden Schulen vorzuschlagen, dem Magistrat den Kriterienkatalog als Grundlage für zukünftige Fälle an die Hand zu geben und den Sonderausschuss aufzulösen.

Es wird klargestellt, dass der Sonderausschuss nicht beschlossen hat, das Schreiben des Ortsbeirates Naurod in der Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung zu erwähnen.

Stv. Schickel schlägt daher vor, das Schreiben des Ortsbeirates Naurod dem Protokoll für die Sitzung des Sonderausschusses und/oder des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration anzuhängen, da der Ortsbeirat Naurod hier eine schriftliche Garantie für die Umbenennung nach Schulneubau abgegeben hat. Darüber besteht Einigkeit und wird so umgesetzt.

Es besteht Einigkeit, dass in der Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung auch keine Namen von Schulen erwähnt werden.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

- I. Der folgende, vom Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ erarbeitete Kriterienkatalog, wird dem Magistrat (Dezernat I) mit der Bitte überlassen, diese Kriterien bei zukünftigen Namensgebungen von öffentlichen Gebäuden (nicht Straßen) zu berücksichtigen:

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Kriterienkatalog:

Eine städtische Einrichtung ist umzubenennen, wenn

1.) der Namensgeber aufgrund seines Lebensalters in rechtsstaatlichen und demokratischen Verhältnissen gelebt hat (mindestens ab Weimarer Republik)

und

2.) sich dennoch in Wort oder Tat gegenüber Menschen in einer Art und Weise geäußert bzw. verhalten hat, dass die Unverletzlichkeit deren Menschenwürde bestritten wurde, sei es aufgrund ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, Religion, sexuellen Ausrichtung, Geschlecht, Zugehörigkeit zu Minderheiten (insb. Antisemitismus) und/oder einer Behinderung,

und / oder

3.) Krieg oder Gewalt als Selbstzweck befürwortet hat.

II. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration nimmt zur Kenntnis, dass der Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ beschlossen hat, der Stadtverordnetenversammlung keine öffentlichen Gebäude zur Umbenennung vorzuschlagen.

III. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich der Sonderausschuss „Namen von öffentlichen Einrichtungen“ aufgelöst hat.

Einstimmig

0050 15-V-05-0004

Sonderausschuss "Namen von öffentlichen Einrichtungen"

s. Beschluss Nr. 0049

Einstimmig

0051 13-F-33-0107

Sicherheitskonzept Kulturpark
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.12.2013 -

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0052 14-F-33-0018

Fußgängerinformation Waldemar Reichardt an seiner Statue in der Kleinen Schwalbacher Straße
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 29.01.2014 -

Einstimmig

0053 14-F-05-0019

Tätigkeit des Präventionsrates
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 05.11.2014 -

Stv. Dumont du Voitel ist es extrem wichtig, über die Tätigkeit der AG Perspektive Genauerer zu erfahren.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Bericht des Magistrats (Dezernat VII) vom 24.04.2015 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Magistrat (Dezernat VII) wird gebeten, möglichst in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration am 22.09.2015 über die Tätigkeitsschwerpunkte der AG Perspektive zu berichten.

Enth. FDP

0054 15-F-05-0005

Behandlung des Themenkreises Migration/Demenz in seiner Gesamtheit erforderlich!
-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Freie Demokraten FDP im Rathaus vom 09. März 2015-

Es ist kein Vertreter der Alzheimer Gesellschaft in der Sitzung anwesend.

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0055 15-A-02-0007

Änderung der §§ 4, 6, 9 und 11 der Ordnung für das Jugendparlament der
Landeshauptstadt Wiesbaden

**Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Es liegt ein Beschlussentwurf vor, der mit den Jugendpolitischen Sprechern der Fraktionen, dem Rechtsamt und dem Wahlamt abgestimmt ist.

Frau Antonia Dörr, Vertreterin des Jugendparlaments, ist in der Sitzung anwesend.

Stv. Weck berichtet aus der Arbeitsgruppe, die sich u.a. mit dem Problem der geringen Bewerber/innen-Zahl beschäftigt hat und beantragt Änderungen, die in den Beschlussempfehlung für die Stadtverordnetenversammlung einfließen (s. Streichungen Ziffer 2 und 4 a):

**Änderung der Ordnung für das Jugendparlament
in der Landeshauptstadt Wiesbaden (JuPaO)**

Die „Ordnung für das Jugendparlament in der Landeshauptstadt Wiesbaden (JuPaO)“ vom 11. Dezember 2008, geändert durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 2011, wird wie folgt geändert:

1. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„(2) Das Jugendparlament besteht regelmäßig aus 31 Mitgliedern. Beträgt die Anzahl der Bewerbungen weniger als 41, verändert sich für die betreffende Wahlzeit die Anzahl der Mitglieder wie folgt:

40 bis 31 Bewerbungen: 25 Sitze

30 bis 21 Bewerbungen: 19 Sitze

20 bis 16 Bewerbungen: 15 Sitze“

b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Zahl „19“ durch die Zahl „20“ ersetzt.

c) Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst, und die Absätze 4a und 4b werden neu eingefügt:

„(4) Die Wahl wird nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl als reine Persönlichkeitswahl durchgeführt. Jede/r Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Jugendparlaments zu wählen sind; die Häufung von Stimmen ist unzulässig. Die Sitze werden in dem Verfahren nach Abs. 4a, 4b in der Reihenfolge der höchsten Stimmenzahl verteilt. Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei Stimmgleichheit das Los, das der/die Wahlleiter/in zieht.

(4a) Die Bewerber/innen der folgenden Schulformen sowie die Gruppe der Wahlberechtigten, die keine Schule besuchen (freie Bewerber/innen), erhalten jeweils drei Sitze (Grundmandate):

a) Berufsschulen

b) Hauptschulen (einschl. verbundene Haupt- und Realschulen)

c) Realschulen

d) Integrierte Gesamtschulen

e) Gymnasien (einschl. Oberstufengymnasien)

Im Fall des § 4 Abs. 2 verringert sich die Zahl der Grundmandate bei 19 Sitzen auf zwei. ~~und bei 15 Sitzen auf eins.~~

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

(4b) In einem ersten Schritt werden die Grundmandate zugeteilt. In einem zweiten Schritt werden diejenigen Grundmandate, die mangels entsprechender Bewerbungen nicht zugeteilt werden konnten, sowie die übrigen Sitze verteilt.“

2. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

„Die Wahlvorschläge sind spätestens am 62. Tag vor dem Wahltag einzureichen.“

b) Absatz 3 Satz 4 wird gestrichen.

3. § 9 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Wenn ein/e gewählte/r Bewerber/in vor Annahme der Wahl stirbt oder die Annahme der Wahl ablehnt, oder wenn ein Mitglied des Jugendparlaments stirbt oder seinen Sitz verliert (§ 33 KWG), so rückt der/die nächste noch nicht berufene Bewerber/in an seine/ihre Stelle, es sei denn, das Grundmandat (§ 4 Abs. 4a) bliebe dann unbesetzt - in diesem Fall rückt, soweit vorhanden, der/die nächste noch nicht berufene Bewerber/in derselben Schulform bzw. freie Bewerber/in nach.“

4. § 11 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

„(1) Das Jugendparlament tritt zum ersten Mal binnen eines Monats nach Beginn der Wahlzeit zusammen, die Ladung erfolgt durch den/die Stadtverordnetenvorsteher/in. Die Wahlzeit des vierten Jugendparlaments beginnt am 01.01.2016 und endet am 31.03.2018. Die Wahlzeit aller folgenden Jugendparlamente beträgt 2 Jahre.“

5. Die Änderungen treten am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.

Einstimmig

0056 **14-V-12-0001**

Bürgerbeteiligung in Wiesbaden

Herr Simon berichtet über den Stand des Projektes, die weiteren Planungen und die zeitlichen Abläufe.

Vors. Apel regt an, den nächsten Workshop vor der nächsten Ausschusssitzung durchzuführen. Einige Fragen können nur von politischer Seite aus beantwortet werden. Sie fragt nach, wer die Vorhabenliste initiieren kann und wie man damit umgehen soll. Dies nur hier im Ausschuss für Bürgerbeteiligung zu besprechen wäre nicht sinnvoll. Man müsse z. B. die Ausschüsse für Planung, Bau und Verkehr und Umwelt, Energie und Sauberkeit mit einbeziehen.

Stv. Schickel vermisst das Jugendparlament bei den Workshops.

**Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Frau Antonia Dörr weist darauf hin, dass die Einladung sie zu spät erreicht hat.

Lt. Herrn Simon ist die Einladung erfolgt, manche Schulen hätten zugesagt, seien aber nicht erschienen. Er habe enorme Werbemaßnahmen gegeben, sogar facebook sei dabei genutzt worden. Zu den geplanten Umsetzungen geht er auch davon aus, dass das an höherer Stelle erörtert werden müsse.

Stv. Schickel berichtet, dass er von der Veranstaltung im Kulturpark leicht entmutigt weggegangen sei. Zu den weiteren Aspekten in Bezug auf Planungsvorhaben sei klar, dass die Einrichtung einer Stabs- und einer Servicestelle etwas kosten werde. Dazu müsste genauer kalkuliert werden. Das Thema sei noch nicht präsent genug.

Auch zu diesen Bereichen wurden lt. Herrn Simon Vorschläge gemacht. Am Anfang seien die Werbemaßnahmen sehr kostspielig gewesen, aber der Effekt sei begrenzt gewesen. Was passiert, wenn die Leitlinien beschlossen sind, kann er nicht sagen. Was das in letzter Konsequenz heiße, weiß man nicht.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0057 15-V-01-4006

Einführung der Briefwahl für die Wahl des Ausländerbeirats, Änderung der Hauptsatzung

Einstimmig

0058 15-F-33-0041

Briefwahl auch bei Ausländerbeiratswahlen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 04.05.2015 -

Einstimmig

0059 Bericht der Dezernentin

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird das Wort nicht gewünscht.

0060 15-V-20-0022

Investitionscontrolling 1. Quartal 2015

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0061 Einstimmig
15-V-30-0003

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VI (Wiesbaden- Schierstein)

Einstimmig

0062 15-V-30-0005

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

Einstimmig

0063 15-V-30-0006

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wiesbaden-Biebrich)

Einstimmig

0064 15-V-31-0003

Umzug der Stadtpolizei in die Innenstadt

gegen Grüne + Linke&Piraten

0065 **Verschiedenes**

Vors. Apel teilt mit, dass am Freitag, den 10.07.2015, um 1900 Uhr, eine Veranstaltung im Bürgersaal des Georg-Buch-Hauses zum Thema „Migrantenvertretung in der Kommunalpolitik“ stattfindet.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .08.2015

Vorsitzende

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Juli 2015

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Apel

Weck

Koba